



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/10/israel-opt-amnesty-staff-member-faces-punitive-travel-ban-for-human-rights-work/>

PRESSEMITTEILUNG

31. Oktober 2019, 13:42 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: **Amnesty Mitarbeiter zur Strafe für Menschenrechtsarbeit mit Reiseverbot konfrontiert**

Wie Amnesty International heute erklärte, ist die Entscheidung der israelischen Behörden, einem Mitarbeiter der Organisation aus "Sicherheitsgründen" eine Reise ins Ausland zu verbieten, offenbar als Strafmaßnahme gegen Amnestys Menschenrechtsarbeit zu verstehen und ein weiterer frustrierender Indikator für Israels zunehmende Intoleranz gegenüber Kritikern.

Amnestys Kampagnebeauftragter für Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete (OPT) Laith Abu Zeyad wurde am 26. Oktober 2019 am Grenzübergang Allenby-Brücke / König-Hussein-Brücke zwischen Israel und Jordanien angehalten, als er auf dem Weg zur Beerdigung eines Verwandten war. Dort ließ man ihn vier Stunden lang warten, bevor man ihm mitteilte, dass der israelische Geheimdienst aus nicht näher benannten "Sicherheitsgründen" ein Reiseverbot gegen ihn erlassen hat.

*„Die Behauptung der israelischen Behörden, sie würden Herrn Zeyad das Reisen aus Gründen der Sicherheit verbieten, ist vollkommen absurd. Allein dass zu diesen Gründen keine weiteren Einzelheiten benannt werden, zeigt die wahre Absicht, die dahinter steht. In Wirklichkeit handelt sich um ein unheilvolles Verbot, das als Strafe für seine Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte von Palästinenser*innen gegen Laith Abu Zeyad verhängt wurde“,* sagte Amnestys Generalsekretär Kumi Naidoo.

„Dieses Reiseverbot verletzt nicht nur die Rechte auf freie Bewegung und Zusammenschluss von Laith Abu Zeyad, sondern demonstriert auch die kalte Entschlossenheit der israelischen Behörden, Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten, die der Regierung gegenüber kritisch sind, zum Schweigen zu bringen, und es stellt die Grausamkeit und Unmenschlichkeit der politischen Strategien heraus, die von den israelischen Behörden eingesetzt werden.“

Schon früher war Laith Abu Zeyad die Einreise aus humanitären Gründen nach Israel zur Begleitung seiner Mutter für eine chemotherapeutische Behandlung in Jerusalem verweigert worden. Anhand des [israelischen Genehmigungssystems](#) sind alle palästinensischen Einwohner*innen der besetzten palästinensischen Gebiete gezwungen, eine Einreisegenehmigung zu beantragen, wenn sie zur Arbeit, für eine medizinische Behandlung, für Familienbesuche oder aus welchen Gründen auch immer nach Israel oder Ostjerusalem einreisen wollen.

So wurde nicht nur auf grausame Weise in das Familienleben von Laith Abu Zeyad eingriffen, das willkürlich verhängte Reiseverbot beeinträchtigt zusätzlich seine Menschenrechtsarbeit, weil es ihn daran hindert, für wichtige Aktivitäten, darunter die Verfechtung von Menschenrechten bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen oder die Teilnahme an Konferenzen und anderen Veranstaltungsterminen, nach Ostjerusalem und Israel oder ins Ausland zu reisen.

*„Die israelischen Behörden müssen die willkürlichen Reiseverbote unverzüglich aufheben, mit denen sie Laith Abu Zeyad und alle anderen palästinensischen Menschenrechtsverteidiger bestrafen, weil es wagen, offen über Israels systematischen Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser*innen zu sprechen“,* sagte Kumi Naidoo.

Israel hat bereits eine Reihe von willkürlichen Reiseverboten zur Drangsalierung und Einschüchterung von Menschenrechtsverteidigern und friedlichen Aktivisten verhängt. [Omar Barghouti, einer der Mitbegründer der BDS-Bewegung](#), wurde seit dem Jahr 2016 mehrfach und willkürlich mit einem Reiseverbot belegt. Und auch [Shawan Jabarin](#), der Leiter der palästinensischen Rechtshilfeorganisation al-Haq, sah sich zur Strafe für seine Tätigkeit schon mit einem willkürlichen Reiseverbot konfrontiert.

Internationalen Menschenrechtsstandards zufolge dürfen Einschränkungen des Rechts auf Bewegungsfreiheit nur ausnahmsweise verhängt werden. Sie müssen für einen legitimen Zweck erforderlich und verhältnismäßig sein und auf klaren gesetzlichen Regeln beruhen. Die Gründe hierfür müssen unmissverständlich klargestellt und die Einschränkungen müssen gerichtlich hinterfragt werden können.

Die Weigerung der israelischen Behörden, etwaige Beweise zu veröffentlichen, die die konkreten Gründe für das Reiseverbot untermauern würden, bedeutet auch dass Laith Abu Zeyad jede effektive Möglichkeit verbaut ist, gerichtlich gegen diese Entscheidung vorzugehen.

HINTERGRUND

Seitdem er im November 2017 seine Arbeit bei Amnesty International aufgenommen hatte, waren Laith Abu Zeyad für jeweils sechs Monate drei Genehmigungen zur Einreise nach Israel erteilt worden. Die letzte dieser drei Genehmigungen war vom 20. November 2018 bis zum 12. Mai 2019 gültig.

Am 8. September 2019 beantragte Laith Abu Zeyad am Militärkontrollpunkt al-Zaytoona (Hazatem) eine Reisegenehmigung aus humanitären Gründen, um seine Mutter zu einer medizinischen Behandlung nach Jerusalem zu begleiten. Sein Antrag wurde noch am selben Tag ohne weitere Erklärung aus "Gründen der Sicherheit" abgelehnt.

Am 13. Juni 2018 wurde Laith Abu Zeyad von palästinensischen Sicherheitskräften [willkürlich verhaftet und gefoltert](#), als diese massiv gegen eine von palästinensischen Aktivisten in Ramallah organisierte Protestaktion vorgingen, bei der gefordert wurde, dass die palästinensischen Behörden in Ramallah ihre Sanktionen gegen den Hamas-regierten Gazastreifen aufheben. Als er sich auf den Weg gemacht hatte, um die Demonstration zu beobachten, wurde er von zwei Sicherheitsoffizieren in ziviler Kleidung festgenommen und attackiert.

In den vergangenen Jahren haben die israelischen Behörden ihre Maßnahmen zur Einschüchterung zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihrer Mitarbeiter in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten dramatisch verschärft. Die Zivilgesellschaft ist durch einschränkende Gesetzgebungen und Politikstrategien der Regierung mit kontinuierlichen Übergriffen konfrontiert, die in Verbindung mit Schmutzkampagnen darauf angesetzt sind, ihre menschenrechtliche Arbeit zu delegitimieren. Im letzten Monat durchsuchten israelische Truppen die Büros der Häftlingsunterstützungsorganisation Addameer und des Verbands für Menschenrechte, einer palästinensischen Menschenrechtsorganisation. Vor dem Obersten Israelische Gerichtshof wurde zudem ein Widerspruch gegen einen Regierungsentscheid verhandelt, anhand dessen dem Direktor der Abteilung Israel und Palästina von [Human Rights Watch, Omar Shakir, die Arbeitserlaubnis](#) entzogen und der Weg für seine spätere Abschiebung vorbereitet wurde.